

UFE auf Wachstumskurs

Für EU-Kommission ein starker Faktor

Im Zeichen der Vergrößerung stand die 43. Tagung des Komitees der Union des Finanzpersonals in Europa (UFE). Die 1963 von Hermann Fredersdorf gegründete Union des Finanzpersonals in Europa, die schon bisher mehr als 350.000 Mitglieder in 40 Einzelgewerkschaften aus 20 Ländern vertritt, verzeichnet zahlreiche Neuaufnahmen. Die für den Steuerbereich zuständige griechische Gewerkschaft POE-DOY hatte ihre Aufnahme beantragt, die zweite große, im Zollbereich tätige Gewerkschaft O.S.Y.O. hat Interesse an einer Mitgliedschaft in der UFE bekundet. Antragsgemäß aufgenommen werden konnten auch die große spanische Gewerkschaft GESTHA aus dem Steuerbereich sowie die portugiesische Gewerkschaft Sindicato dos Trabalhadores dos Impostos (S.T.I.). Nachdem bereits die ungarische Steuergewerkschaft ADOSZT vor mehreren Jahren der UFE beigetreten war, konnte nunmehr auch die unabhängige Zoll- und Finanzwache Ungarns, also die Vertretung der Zollbeschäftigten, aufgenommen werden. Ebenfalls neu in der UFE ist die tschechische Landesvertretung der Zollbeamten, die Spolek celníků České republiky (SCCR). Dies zeigt, dass die UFE, die aktuell mehr als 400.000 Einzelmitglieder aus dem Steuer- und Zollbereich vertritt, auch die entsprechende Wertschätzung erfährt.

Highlight der Komiteesitzung war die Eröffnungsrede des für Steuern und Zollunion zuständigen EU-Kommissars Laszlo Kovacs, der sich außerplanmäßig nach seinem Referat die Zeit nahm, den mehr als 100 Delegierten Rede und Antwort zu stehen.

Nach der Darstellung der aktuellen Zoll- und Steuerpolitik der Kommission ging Laszlo Kovacs intensiv auf die Anstrengungen zur Betrugsbekämpfung in Europa ein. Zu dem Thema Umsatzsteuerbetrugsbekämpfung erläuterte er die Gründe, weshalb die Einführung des Reverse-Charge-Systems abgelehnt wird, und bezog in Übereinstimmung mit der UFE die Position, dass zunächst die Möglichkeiten des bisherigen Umsatzsteuersystems durch verstärkten

Personaleinsatz und eine verbesserte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten genutzt werden müssen. Kovacs betonte, es sei ihm wichtig, zu den Delegierten der UFE als EU-Kommissar zu sprechen, da die in der UFE organisierten Mitglieder aus dem Steuer- und Zollbereich für die sachgerechte Umsetzung der EU-Normen in der Praxis von maßgebender Bedeutung seien, also über den Erfolg der Regelungen mitentscheiden.

Im Steuerbereich befasste sich das UFE-Komitee u. a. mit dem in den Niederlanden propagierten System der anerkannten Wirtschaftsbeteiligten, das vorsieht, dass Unternehmen, die einen Vertrag mit der Finanzverwaltung schließen, steuerliche Erleichterungen und den Verzicht auf Betriebsprüfungen erfahren. Es werde also der Servicegedanke vor dem Kontrollgedanken in den Mittelpunkt der Überlegungen gerückt. Die UFE ist hingegen der Auffassung, dass dieses Modell ein Irrweg bedeutet, weil auf die Kontrolle nicht verzichtet werden könne, wie sich z. B. in Deutschland an dem Betriebsprüfungsmehrergebnis im Jahr 2005 von 13 Mrd. Euro ablesen lasse. Durch den Fleischskandal in Deutschland werde deutlich, dass Unternehmen nur begrenzt vertraut werden kann, ihre Verpflichtungen in Eigenverantwortung tatsächlich einzuhalten.

Unter Hinweis auf die Arbeiten der Kommission an einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB) forderte die UFE, auch die Einführung einer einheitlichen europäischen Bilanzierungsrichtlinie anzupacken. Man müsse sich vergegenwärtigen, dass unter Umständen für Unternehmen in einem europäischen Staat mehrere Bilanzen erstellt werden müssen, nämlich eine für die gemeinsame konsolidierte Bemessungsgrundlage, eine nach IAS / IFRS, eine nach Handelsrecht und eine ggf. bei Tätigkeiten in den Vereinigten Staaten nach US-GAAP.

Außerdem wird von der UFE neben einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage (GKKB) zur Vermeidung von

Steuerdumping ein Mindeststeuersatz für sinnvoll gehalten. Die Höhe dieses Mindeststeuersatzes müsse allerdings politisch entschieden werden.

Die Schwachstelle der europäischen Zins-Steuer-Richtlinie, die seit Juli 2005 in allen 25 EU-Mitgliedstaaten gilt, war ebenfalls Gegenstand der Diskussion im Komitee. Die Zinsrichtlinie soll sicher stellen, dass Anleger ihre in der EU erzielten Zinsen in ihrem Wohnsitzland versteuern. Entsprechende Regelungen gelten auch im Verhältnis zur Schweiz, Andora, Liechtenstein, Monaco und San Marino sowie zu den Kanalinseln, der Isle of Man und unabhängigen oder assoziierten Gebieten in der Karibik.

22 EU-Staaten tauschen seit dem 1. Juli 2005 Auskünfte über die Zinserträge von EU-Bürgern aus. Österreich, Belgien und Luxemburg beteiligen sich nicht an dem Auskunftsverfahren. Sie behalten eine niedrige Quellensteuer ein. Der Anleger bleibt anonym. 75 % der durch diese Quellensteuer erzielten Einnahmen erhält der Staat, in dem der Steuerpflichtige seinen Wohnsitz hat.

Bei Zahlungseingängen aus Luxemburg von 48 Mio. Euro, Österreich (13 Mio. Euro) und Belgien (10 Mio. Euro) räumte Kommissar Kovacs ein, dass dieses Ergebnis nicht den Erwartungen entspräche.

Wegen zahlreicher Regelungslücken, die dem Anleger vielfältige Möglichkeiten bieten, die Zinsbesteuerung auf legalem Weg zu umgehen, z. B. durch andere Geldanlageprodukte, Gewinne aus kumulierten Fonds, Hedgefonds, Derivaten, Aktiengeschäften, „Ein-Mann-Fonds“ forderte die UFE die Kommission auf, sich verstärkt mit der Prüfung von planwidrigen Lücken zu befassen.

Die Absicht der Kommission, mit anderen Ländern Kontakte aufzunehmen, damit die Zinseinkünfte von EU-Bürgern auch in Hongkong, Singapur und Makao besteuert werden, begrüßte die UFE ausdrücklich.

Kommissar Laszlo Kovacs erläuterte, die Kommission werde sich verstärkt um eine einheitliche Handhabung der Zinssteuerrichtlinie wie auch um ihre Fortentwicklung bemühen.

Begrüßt wurde vom Komitee die Neuauflage des Programms FISCALIS, das sich nunmehr FISCALIS 2013 nennt. FISCALIS ist ein „gemeinsames Aktionsprogramm zur Verbesserung der Funktionsweise der Steuersysteme im Binnenmarkt“ und betrifft nunmehr - anders als dessen Vorläufer – neben den indirekten Steuern nunmehr auch die direkten Steuern. Das Programm ist vor dem allgemeinen Hintergrund der vereinbarten Lissabon-Strategie zu sehen, dass Wachstum und Beschäftigung in den nächsten Jahren die größten Herausforderungen für die europäische Union darstellen. Das Programm 2013 soll durch die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Steuerverwaltungen aktiv zur Verwirklichung dieser Strategie beitragen. Dazu sind u. a. Maßnahmen zur Organisation und Finanzierung multilateraler Prüfungen zur besseren Bekämpfung des grenzüberschreitenden Betrugs vorgesehen, wie auch die Finanzierung und Verbesserung bestehender Kommunikations- und Informationsaustauschsysteme. Multinationale Seminare und die finanzielle und organisatorische Unterstützung von Austauschmaßnahmen von Beamten sind ebenfalls geplant.

Das Austauschprogramm als Teil des Gesamtprogramms FISCALIS soll den Teilnehmern ermöglichen, ihre derzeitigen beruflichen Aufgaben mit europäischem Bezug künftig besser und intensiver wahrzunehmen. Die vom jeweiligen Gastland organisierte Austauschmaßnahme dauert in der Regel 2 Wochen.

Kernpunkte der Erörterungen im Zollbereich waren die Zollbetrugsbekämpfung in Europa mit den Schwerpunkten Produktpiraterie und Zigarettenschmuggel, die Modernisierung des Zollcodex und die Einführung eines Aktionsprogramms für das Zollwesen in der Gemeinschaft (Zoll 2013). Weitere Schwerpunkte waren der Aufbau

von Informationstechnologien mit einheitlichen Standards für eine problemlose Kommunikation, für eine effiziente Zollabfertigung und risikoorientierte Kontrollen. Die UFE forderte neben dem Stopp des Personalbaus die Einführung von sozialen Mindeststandards bei organisatorischen Veränderungen, eine einheitliche Basisausbildung der Beschäftigten, die Errichtung einer europäischen Zollakademie für Führungskräfte, die Festsetzung verbindlicher Beschauquoten mit Sanktionsmöglichkeit, da diese weniger als 1 % der Einfuhren betragen sowie die verstärkte Einbindung der Zollverwaltung bei der Durchsetzung der Verbote und Beschränkungen im grenzüberschreitenden Warenverkehr (z. B. Rauschgift, Markenpiraterie, Gesundheits- und Verbraucherschutz) auf einem einheitlichen Niveau im Binnenmarkt, um Wettbewerbsverzerrungen zu verhindern.

Auf besonderes Interesse stieß die PowerPoint-Präsentation zum Thema „Produktpiraterie und Zigarettenschmuggel“, die der Präsident des Zollkriminalamtes in Köln, Karl-Heinz Matthias, ermöglicht hatte. Mit der von ihm entsandten Referentin, Frau Heike Barczyk, die Leiterin des Regional Intelligence Liaison Office for Western Europe (RILO WE) ist, hatten die Kollegen eine äußerst kompetente Gesprächspartnerin. In der PowerPoint-Präsentation wurden Erscheinungsformen, Ausmaß, Bekämpfung der Produktpiraterie und des Zigarettenschmuggels in eindrucksvoller Weise erläutert.

Neben den Sachthemen stand die Neuwahl des Präsidiums der UFE für die nächste 4-jährige Amtszeit auf der Tagesordnung. Mit 122 von 123 Stimmen wurde UFE-Präsident Dieter Ondracek eindrucksvoll für diesen Zeitraum bestätigt. Als Vizepräsidenten wurden Kollege Nico Goor (NL) mit 107 Stimmen, Kollege Jorn Rise Andersen (DK) mit 96 Stimmen, Kollege Frank Campbell (GB) mit 88 Stimmen, Kollege Giordano Schera (CH) mit 88 Stimmen und Kollege Serge Colin (F) mit 80 Stimmen gewählt. Kollege Klaus-Hilger Leprich, der Vorsitzende des Bundes Deutscher Zollbeamten, wurde satzungsgemäß als Vizepräsident in das Präsidium kooptiert.



Die Delegierten der neu aufgenommenen Mitgliedsgewerkschaften aus Ungarn, Portugal, Tscheschien, Griechenland und Spanien mit ufe-Präsident Dieter Ondracek und ufe-Generalsekretär Rafael Zender



Der Vorsitzende der ungarischen Zollgewerkschaft, Gabor Holecz, bei der Aufnahme in die ufe.



Die portugiesische Delegation bei der Aufnahme in die ufe



Die tschechischen Kollegen Vaclav Adam und Linda Michková bei der Entgegennahme der Beitrittsurkunde.



Die griechische Delegation bei der Komiteesitzung.



Der Delegierte Jesus Robles von der spanischen GESTHA mit der Aufnahmeurkunde in die ufe.



Kommissar Kovacz bei seinem Vortrag zur Steuer- und Zollpolitik



Blick in die Reihen der Delegierten



der ufe Komiteesitzung



Das ufe-Präsidium mit Kommissar Lazslo Kovacz



Das ufe-Präsidium bei der Vorbereitung der Komitee-Tagung



Sitzung des Steuerausschusses



Der ufe-Zollausschuss beim Vortrag über Produktpiraterie und Zigarettschmuggel